



DER JUSTIZMINISTER
des Landes Nordrhein-Westfalen

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/2497

Der Justizminister NRW · Postfach 1103 · 4000 Düsseldorf 1

An die
Arbeitsgruppe
Personalbedarf und Stellenpläne
des Haushalts- und Finanzausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1

4000 Düsseldorf

Telefon (02 11) 8 79 21

Durchwahl (02 11) 8 792- 326

Teletex 2 114 184; Telefax (02 11) 87 92 456

Datum 6. November 1989

Aktenzeichen (Bei Antwort bitte angeben)

5121 - I C. 153

Der Zeichen, Ihre Nachricht vom	Meine Nachricht vom
Betreff Haushaltsentwurf 1990 im Einzelplan 04 (Justiz)	Anlagen 1

Kurzmitteilung

Die beigefügten Unterlagen erhalten Sie

urschriftlich gegen Rückgabe mit der Bitte um

<input type="checkbox"/> Bericht	<input type="checkbox"/> Prüfung	<input type="checkbox"/> Stellungnahme	<input type="checkbox"/> Zustimmung	<input type="checkbox"/> Genehmigung	Frist
<input type="checkbox"/> Kenntnisnahme	<input type="checkbox"/> Beifügung des Vorgangs/der Akten/der Unterlagen				

mit der Bitte um

<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme	und	<input type="checkbox"/> Erledigung	<input type="checkbox"/> Anruf
<input checked="" type="checkbox"/> weitere Veranlassung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

<input type="checkbox"/> zuständigkeitshalber	<input type="checkbox"/> mit Dank zurück	<input type="checkbox"/> zum Verbleib
<input checked="" type="checkbox"/> gemäß fernmündl. Rücksprache	<input type="checkbox"/> auf Ihren Wunsch	<input type="checkbox"/> als Irrläufer
<input type="checkbox"/> im Nachgang zum Bezugsschreiben		<input type="checkbox"/>

Bemerkungen

Auf die fernmündliche Erörterung des Unterzeichners mit Herrn Abg. Dautzenberg MdL vom heutigen Tag wird Bezug genommen.

Im Auftrag

Schneider
(Schneider)

MMV10 /2497

Antrag

auf Berichtigung des Haushaltsentwurfs 1990

a) bei Kapitel 04 040 Titel 425 10 und 426 10

- 6 Stellen der VergGr. IX a/IX b BAT
- 10 Stellen der Lohngruppe VI/V MTL II und

b) bei Kapitel 04 050 Titel 425 10

- + 16 Stellen der VergGr. VII/VIII BAT (allg. Vollzugsdienst),
ku 31.12.1991 (in 6 Stellen der VergGr. IX a/IX b BAT und
10 Stellen der LGr. VI/V MTL II im Kapitel 04 040).

Begründung

Vor dem 5. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf findet derzeit ein Staatsschutzverfahren gegen 18 Mitglieder der PKK (Kommunistische Partei Kurdistans) statt. Es handelt sich hierbei - gemessen an der Zahl der Angeklagten und der Verteidiger (40) - um das größte Verfahren dieser Art in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Es ist damit zu rechnen, daß die Hauptverhandlung zumindest 2 Jahre dauern wird.

Die Angeklagten sind paramilitärisch ausgebildet und müssen zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Verhandlungssaal von besonders qualifizierten und ausgebildeten Beamten bewacht werden.

Beamte des (einfachen) Justizdienstes besitzen nicht die für die speziellen Anforderungen des Verfahrens erforderliche Eignung.

Die deshalb eingesetzten Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes stehen dem Strafvollzug für die Dauer der Hauptverhandlung zur Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben nicht zur Verfügung. Da sie in den Anstalten nicht durch Neueinstellungen ersetzt werden können, kommt es dort zwangsläufig zu erheblichen personellen Engpässen.

Da die abgestellten Beamten Aufgaben des Justizwachtmeisterdienstes wahrnehmen und diesen damit entlasten, sollen 16 Stellen für Justizaushelfer nach Umwandlung in Angestelltenstellen des allgemeinen Vollzugsdienstes befristet für die Dauer des Verfahrens von Kapitel 04 040 (ordentliche Gerichte und Staatsanwaltschaften) nach Kapitel 04 050 (Justizvollzug) umgesetzt werden, um so in den Anstalten die erforderlichen Ersatzeinstellungen vornehmen zu können.

Wegen der Umsetzung und Umwandlung der Stellen im Haushaltsvollzug 1989 wird das Erforderliche durch den Finanzminister veranlaßt.

Der Entwurf des Haushaltsplans 1990 ist entsprechend dem Antrag zu ändern.